



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2010

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2010 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 4. November 2009

Einleitung	3
Bundeskanzlei	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten	6
Departement des Innern.....	11
Justiz- und Polizeidepartement	15
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	18
Finanzdepartement	20
Volkswirtschaftsdepartement.....	23
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	29

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2010 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2010 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2011 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2010

Bundeskanzlei

Ziel 1: Fristgerechte Vorbereitung von Erlassänderungen

- ▶ Die Änderungen der Verordnung über die politischen Rechte (in Erfüllung der Parlamentarischen Initiative Lombardi 08.515) sind dem Bundesrat fristgerecht zur Verabschiedung vorgelegt.
- ▶ Die nötigen Rechtsänderungen zur Umsetzung der Anfrage Remo Gysin 07.1055 sind nach Rücksprache mit den Kantonen geprüft.
- ▶ Der Änderungsentwurf der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung betreffend Anhang RVOV (Bestimmung der Typen von Verwaltungseinheiten, die zur dezentralen Bundesverwaltung gehören) ist dem Bundesrat zum Entscheid vorgelegt.
- ▶ Der Änderungsentwurf der Organisationsverordnung für die Bundeskanzlei (in Erfüllung der Motion Laubacher 04.3755) ist dem Bundesrat zum Entscheid vorgelegt. Die Umsetzungsarbeiten sind im ersten Quartal 2010 abgeschlossen.

Ziel 2: Mitwirkung an der Staatsleitungsreform

- ▶ Die Bundeskanzlei hat in der ersten Jahreshälfte 2010 die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Teile für die Zusatzbotschaft zur Staatsleitungsreform erarbeitet.*

Ziel 3: Stärkung der Amtssprachenpolitik

- ▶ Die Bundeskanzlei hat in der ersten Jahreshälfte 2010, gestützt auf die neue Sprachenverordnung, ihre Handlungsfelder in der Amtssprachenpolitik des Bundes überprüft und in der zweiten Jahreshälfte Massnahmenvorschläge inklusive eines begleitenden Kommunikationskonzeptes erarbeitet und verabschiedet.

Ziel 4: Früherkennung wichtiger Entwicklungen und Trends in Staat, Gesellschaft und Umwelt

- ▶ Der neu formierte Perspektivstab ist in der ersten Jahreshälfte 2010 konstituiert und hat seine Tätigkeit aufgenommen.
- ▶ Die Grundlagen für den Bericht «Herausforderungen» sind in der zweiten Jahreshälfte erarbeitet.

Ziel 5: Zeit- und fachgerechte Umsetzung strategischer Projekte

- ▶ GEVER (Aktenverwaltung, Auftragsverwaltung und Prozesse) ist in der zweiten Jahreshälfte 2010 im Bereich der Bundeskanzlei technisch einsatzbereit. Die organisatorischen Voraussetzungen zur Betriebsübergabe an die Linie sind erarbeitet und beschlossen.
- ▶ Das neue Informatik-System des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen (KAV) nimmt in der zweiten Jahreshälfte 2010 den produktiven Betrieb auf.
- ▶ Die Erneuerung der technischen Instrumente für die Nationalratswahlen 2011 ist in der ersten Jahreshälfte 2010 abgeschlossen und kann in der zweiten Jahreshälfte 2010 in Betrieb genommen werden.

Ziel 6: Effiziente, prozess- und zielgerichtete Aufgabenerfüllung

- ▶ Eine praxisorientierte und den gesetzlichen Grundlagen entsprechende Geschäftsordnung ist in der zweiten Jahreshälfte 2010 verfügbar.
- ▶ Ein Konzept zur Entwicklung von Führungs-, Projektmanagement- und Fachfunktionen ist in der ersten Jahreshälfte erarbeitet und wird ab der zweiten Jahreshälfte umgesetzt.
- ▶ Zur Sicherstellung der kontinuierlichen Geschäftserledigung (BCP) sind die wahrscheinlichsten Szenarien einer ausserordentlichen Situation in der ersten Jahreshälfte dokumentiert und genehmigt. Die Verantwortlichen sind instruiert.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Vertiefung der Beziehungen mit der EU

- ▶ Eine Evaluation der Europapolitik der Instrumente der Schweiz ist vorgenommen.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Satellitennavigationssystem GALILEO sind abgeschlossen.*
- ▶ Die allfälligen Verhandlungen zur Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.*
- ▶ Der Grundsatzentscheid über die Aufnahme und die Inhalte von Verhandlungen mit der EG-Kommission zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH) ist gefällt und allfällige Verhandlungen sind aufgenommen.*
- ▶ Die bilateralen Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen bzw. unterzeichnet.
- ▶ Die Verhandlungen im Agrar- und Lebensmittelbereich sowie im Bereich öffentliche Gesundheit sind fortgesetzt und deren Schlüsselemente sind geklärt.*
- ▶ Das Konsultationsverfahren im Bereich des gegenseitigen Schutzes der Ursprungsbezeichnungen (AOC/IGP) mit der EU ist eingeleitet.

Ziel 2: Festigung und Ausbau des bilateralen Beziehungsnetzes

- ▶ Die Absichtserklärungen zur Vertiefung und Systematisierung der bilateralen Beziehungen mit verschiedenen Partnerländern werden weiter umgesetzt. Schwerpunkt bilden dabei die vom Bundesrat bezeichneten strategischen Partner mit denen Memoranda of Understanding abgeschlossen wurden.
- ▶ Die Evaluation der Schwerpunktländer und der Sonderprogramme ist im Hinblick auf die «Südbotschaft» eingeleitet.

Ziel 3: Konsolidierung der Rolle der Schweiz als Gaststaat

- ▶ Der Bundesrat hat im Verlauf des ersten Halbjahrs 2010 die dritte Botschaft über das WTO-Immobilienprojekt für einen Erweiterungsbau verabschiedet.*
- ▶ Die Ministerkonferenz der Frankophonie entscheidet im Dezember 2009 über die Kandidatur der Schweiz als Gastland für die Austragung des 13. Frankophoniegipfels. Im Falle eines positiven Entscheids ist das Treffen der Staats- und Regierungschefs der französischsprachigen Länder im Oktober 2010 in Montreux zur Zufriedenheit der Mitgliedstaaten der Frankophonie durchgeführt.

Ziel 4: Stärkung der Rolle der Schweiz in internationalen Organisationen

- ▶ Die Kampagne für die Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im Menschenrechtsrat 2010–2012 ist durchgeführt. Das Stimmtauschpotenzial wurde ausgeschöpft und die Schweizer Botschaften in die Kampagne miteinbezogen.
- ▶ Die Kampagne für die Kandidatur der Schweiz für die Präsidentschaft der 65. Session der UNO-Generalversammlung ist durchgeführt. Die Vorzüge der Kandidatur wurden dem Wahlgremium bekannt gemacht.
- ▶ Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Förderung der Effizienz und der Transparenz im UNO-System. Die Schweiz hat sich entsprechend im Rahmen der Diskussionen über eine Reform des Sicherheitsrats - insbesondere in Bezug auf die Reform der Arbeitsmethoden - konstruktiv eingebracht, dies sowohl in intergouvernementalen Verhandlungen als auch in direkten Kontakten mit den Mitgliedern des Sicherheitsrats.
- ▶ Die Initiative zur Erhöhung der Rechtsstaatlichkeit und für transparentere Verfahren bei UNO-Sanktionen ist fortgesetzt.
- ▶ Die Schweiz hat die Präsidentschaft der 5. Kommission der UNO-Generalversammlung erfolgreich abgeschlossen und bei der Verhandlung des UNO-Budgets konstruktive Beiträge im Sinne einer Begrenzung des Ausgabenwachstums geleistet.
- ▶ Die Schweiz hat bis Ende Juni 2010 mit Erfolg die länderspezifische Konfiguration für Burundi der UNO-Kommission für Friedenskonsolidierung (UN Peacebuilding Commission) präsiert. Sie hat dadurch und auch in allgemeiner Form ebenfalls zu der für 2010 geplanten Überprüfung der Peacebuilding-Architektur der UNO beigetragen.
- ▶ Die Schweiz hat mittels ihrer Präsidentschaft im Ministerkomitee des Europarates darauf hingewirkt, dass sich jener wieder vermehrt auf sein Kerngeschäft fokussiert (Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Demokratie).
- ▶ Sie hat gemeinsam mit ihren Partnern einen tragfähigen Konsens für mittel- und langfristige Reformen des Gerichtshofs erarbeitet, welche geeignet sind, die Stellung und die Funktionen des Gerichtshofs für die Zukunft zu gewährleisten.

Ziel 5: Weiterführung der Reorganisation des Departements

- ▶ Die Zusammenlegung von Diensten und Kompetenzen ist erfolgt.
- ▶ Eine kohärente Personalpolitik für das gesamte Departement ist umgesetzt.
- ▶ Die bedingt durch die Reorganisation erforderlichen Änderungen der Organisationsverordnung vom 29. März 2000 (OV-EDA) sind erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die Modernisierung der konsularischen Angelegenheiten ist vorangetrieben und die betroffenen Dienste des Departementes sind in einer neuen Einheit zusammengelegt.
- ▶ Die Umsetzung des Schengen Acquis in den schweizerischen Auslandvertretungen ist gewährleistet. In Partnerschaft mit anderen Schengen Staaten benutzt die Schweiz das Instrument der Vertretung der Visa Interessen und/oder beteiligt sich an «common visa application centers».
- ▶ Die schweizerischen Auslandvertretungen sind in der Lage, biometrische Pässe auszustellen.
- ▶ Die Ressourcenallokation im Aussennetz ist aufgrund der Ergebnisse der systematischen Überprüfung der schweizerischen Interessen angepasst; diesbezügliche Entscheide wurden vom Bundesrat gefällt, soweit sie in seine Kompetenz fallen.

Ziel 6: Engagement der Schweiz zugunsten der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts

- ▶ Die Botschaft über die Genehmigung des Übereinkommens über die Streumunition vom 30. Mai 2008 ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Genehmigung des Internationalen Übereinkommens gegen das Verschwindenlassen von Personen vom 20. Dezember 2006 ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über das humanitäre Völkerrecht und die heutigen bewaffneten Konflikte (in Erfüllung des Postulats der Aussenpolitischen Kommission SR 08.3445) ist verabschiedet.
- ▶ Der zweite und dritte Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes ist verabschiedet.

Ziel 7: Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit, Ostzusammenarbeit und humanitären Hilfe

- ▶ Der Wirkungsbericht «Ernährungssicherheit» ist veröffentlicht.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht 2010 der Schweiz über die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der multilateralen Entwicklungsbanken und an der Wiederauffüllung der afrikanischen und interamerikanischen Entwicklungsfonds verabschiedet.*
- ▶ Die Empfehlungen der «Peer Review 2009» des DAC sind geprüft und die für die Umsetzung erforderlichen Massnahmen sind eingeleitet.
- ▶ Die Ausarbeitung des zweiten Berichts 2010 der Schweiz über die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele hat die Kohärenz zwischen den schweizerischen Entwicklungspolitiken erhöht.
- ▶ Das IKEZ (Interdepartementales Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit) hat zu mehr Kohärenz zwischen den Sektorpolitiken und der Entwicklungspolitik beigetragen.
- ▶ Die Botschaften zur Verlängerung und Aufstockung der Rahmenkredite zur Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe des Bundes und der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS sind verabschiedet.*
- ▶ Die Migrationspolitik der Schweiz ist verstärkt, insbesondere durch Aktivitäten, die die Migrantinnen und Migranten in ihren Herkunftsregionen schützen.
- ▶ Die Aktivitäten der drei globalen Programme (Klimawandel, Ernährungssicherheit, Migration) sind ausgebaut und leisten einen Beitrag zur Mitgestaltung nationaler und internationaler Regelwerke.

Ziel 8: Friedensförderung und Konfliktprävention

- ▶ Der Bericht des Bundesrates über seine Globalstrategie in den Bereichen Friedensförderung und Abrüstung ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Jahresbericht über die Verwendung des Rahmenkredits 2008–2011 und die Fortschritte im Bereich der zivilen Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Der Bericht über die Menschenrechtsausserpolitik der Schweiz (2008–2011) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz hat sich für die erfolgreiche Durchführung des Weltkongress gegen die Todesstrafe vom 24.-26. Februar 2010 in Genf eingesetzt.
- ▶ Die Schaffung des vom Bundesrat beschlossenen Kompetenzzentrums im Bereich Menschenrechte wurde aktiv unterstützt.
- ▶ Die Schweiz hat die Trägerschaft der «Agenda für Menschenrechte» erweitert und zählt zusammen mit anderen Staaten zu einer core group, die an deren gradueller Implementierung arbeitet.
- ▶ Massnahmen zur Unterstützung von Abrüstung und Non-Proliferation sind eingeleitet.

Ziel 9: Ausbau des Kontaktnetzes zu wichtigen Entscheidungsträgern und Meinungsführern im politischen Umfeld (Public Affairs und Public Relations)

- ▶ Der weitere Ausbau der Kontakte zu für den Finanzplatz relevanten Akteuren ist unterstützt worden.
- ▶ Die Kommunikationstrategien der Landeskommunikation in den USA und in Deutschland, insbesondere in den Beziehungen zu Partnern aus Politik und Medien, haben zur Interessenwahrung der Schweiz substantiell beigetragen. Eine Evaluation dieser Massnahmen zuhanden des Bundesrats ist erstellt und der Bundesrat hat über die Weiterführung der Kommunikationsstrategien in den USA und in Deutschland entschieden.
- ▶ Die Schweiz hat die Gelegenheit zur Präsenz an internationalen Grossveranstaltungen (Weltausstellung in Shanghai und Houses of Switzerland an den Olympischen Spielen in Vancouver) erfolgreich genutzt.

Departement des Innern

Ziel 1: Hochschul- und Forschungsförderung

- ▶ Die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (FIFG) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation im Jahre 2012 ist verabschiedet.*
- ▶ Die neuen Nationalen Forschungsprogramme NFP (Prüfrunde 2008/09) sind beschlossen und dem Schweizerischen Nationalfonds zur Ausschreibung in Auftrag gegeben.
- ▶ Die Entscheide zur Errichtung neuer Nationaler Forschungsschwerpunkte NFS (3. Serie) sind gefällt und die entsprechenden Verträge des Schweizerischen Nationalfonds sind genehmigt.
- ▶ Die Evaluation zur Ressortforschung des Bundes ist abgeschlossen und dem Bundesrat in Form eines Schlussberichtes zur Kenntnis gebracht.

Ziel 2: Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum

- ▶ Die Botschaft über die Genehmigung der Beteiligung der Schweiz an der Phase I des «European XFEL Project» ist verabschiedet.*

Ziel 3: Bundesstatistik

- ▶ Die Verordnungen, die sich auf das Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992 stützen, insbesondere die Statistikerhebungsverordnung, sind überprüft und die sich daraus ergebenden Änderungen verabschiedet.

Ziel 4: Sozialwerke sanieren und sichern

- ▶ Die Botschaft zu einem zweiten Massnahmenpaket zur 6. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes (Revision 6b), welche die langfristige finanzielle Sanierung und Stabilisierung der IV zum Gegenstand hat, ist verabschiedet.*
- ▶ Sämtliche Vorbereitungen sind getroffen, damit ein separater IV-Fonds ab 1. Januar 2011 operationell tätig werden kann.*
- ▶ Der Entscheid, welche Massnahmen für eine langfristige Sicherung der Altersvorsorge in die Vernehmlassungsvorlage aufzunehmen sind, ist gefällt.*
- ▶ Der Beitragssatz der EO ist zur Deckung des Bedarfs per 1.1.2011 angepasst.*

Ziel 5: Familienpolitik

- ▶ Das Familienzulagenregister ist aufgebaut und kann per 1.1.2011 in Betrieb genommen werden.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist verabschiedet.*

Ziel 6: Kinder- und Jugendpolitik

- ▶ Der finanzielle und personelle Beitrag des Bundes zur Realisierung eines nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Jugendgewalt ist beschlossen.*
- ▶ Die Verordnung in den Bereichen Kinder- und Jugendschutz sowie Kinderrechte ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes ist verabschiedet.*

Ziel 7: Armutsbekämpfung

- ▶ Die Strategie des Bundesrates zur Armutsbekämpfung ist der Öffentlichkeit im Rahmen einer nationalen Konferenz vorgestellt worden. Das Konzept zur Umsetzung der Strategie ist von der Steuergruppe verabschiedet worden.

Ziel 8: Weiterentwicklung der Regelungen im Bereich der Humanmedizin

- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Medizinalberufegesetzes und der entsprechenden Verordnungen ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassungsergebnisse zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG; zweite Etappe) liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Vernehmlassungsergebnisse zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz) liegen vor. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*

Ziel 9: Gesundheitskosten eindämmen – Gesundheit fördern

- ▶ Die Botschaft zur Totalrevision des Epidemiengesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Das Nationale HIV&STI Programm 2011–2015 ist verabschiedet. Damit liegen die Grundlagen vor, public health-relevante, sexuell übertragbare Krankheiten (v.a. HIV, aber auch Syphilis, Gonorrhoe und Chlamydien) zu bekämpfen bzw. zu verhüten.*
- ▶ Die H1N1-Pandemie ist bewältigt. Die Strategie zur Bewältigung ist evaluiert und entsprechende Verbesserungsvorschläge sind umgesetzt.
- ▶ Die Strategie des BAG und seiner Partner gegen die Tuberkulose ist genehmigt.
- ▶ Die nationale Maserneliminationsstrategie ist genehmigt.
- ▶ Der Bericht zu Händen des Bundesrates über die notwendigen rechtlichen Grundlagen zur Regelung von eHealth Anwendungen (z.B. elektronisches Patientendossier) liegt vor.
- ▶ Die wesentlichen Elemente zur Umsetzung der Qualitätsstrategie des Bundes im Schweizerischen Gesundheitswesen, wie Zielsetzung, Umsetzungsfelder und Finanzierung, sind geklärt.
- ▶ Die am 1.7.2009 vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen im Bereich der Medikamente sind umgesetzt. Weitere Kostensenkungsmassnahmen auf Stufe Verordnung sind vorbereitet.
- ▶ Die Beratungen der hängigen KVG-Revisionen durch das Parlament sind aktiv unterstützt und begleitet worden.

Ziel 10: Klärungen des Umfangs der Anpassungen an das EG-Chemikalienrecht

- ▶ Der Grundsatzentscheid über die Aufnahme und die Inhalte von Verhandlungen mit der EG-Kommission zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH) ist gefällt und allfällige Verhandlungen sind aufgenommen.*

Ziel 11: Revision des Lebensmittelgesetzes

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Lebensmittelgesetzes ist verabschiedet.*

Ziel 12: Anwendung des Prinzips der Single Official Voice bei Warnungen vor Naturgefahren

- ▶ Der Bundesrat beauftragte 2007 das EDI, mit dem VBS und dem UVEK die Rechtsgrundlagen zur Etablierung der Single Official Voice bei Warnungen vor Naturgefahren zu schaffen. Die 2009 neu geregelten Zuständigkeiten und Abläufe zur konsistenten Warnung der Einsatzorgane und der Bevölkerung durch die Fachstellen des Bundes werden ab Mitte 2010 betrieblich umgesetzt.

Ziel 13: Das Bundesarchiv unterstützt das Programm für die Geschäftsverwaltung (GEVER) des Bundes

- ▶ Die Verwaltung ist - für die ressourcenschonende Bewirtschaftung der Unterlagen - bei der GEVER-Einführung, dem Records Management und der (prospektiven) Bewertung (Selektion) kompetent beraten.
- ▶ Die Lösung für die Archivierung elektronischer Dossiers aus GEVER-Systemen und relationaler Datenbanken (Digitales Archiv) ist betrieblich umgesetzt.

Ziel 14: Förderung und Vermittlung der kulturellen Vielfalt

- ▶ Die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft ist eröffnet.
- ▶ Die neuen Filmförderungskonzepte 2011–2014 sind formuliert.

Ziel 15: Förderung der Lohngleichheit von Frau und Mann für gleichwertige Arbeit

- ▶ Eine nationale Tagung für Personalverantwortliche und Führungskräfte zum Thema Lohngleichheit hat stattgefunden.
- ▶ Ein Pilotprojekt zur Offenlegung der Lohnpolitik von Anbietern im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens ist fachlich unterstützt und begleitet worden.

Ziel 16: Verabschiedung von Grundlagenberichten

- ▶ Der Bericht zum Fachkräftemangel in Naturwissenschaften und Technik (in Erfüllung der Postulate 07.3538 Hochreutener, 07.3747 Recordon und 07.3810 Widmer) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über die Ausgestaltung der sozialen Absicherung bei Erwerbsausfall (in Erfüllung des Postulats 09.3655 Schenker: Allgemeine Erwerbsversicherung) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über die Transparenz in der beruflichen Vorsorge (in Erfüllung des Postulats Robbiani 06.3783) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zu möglichen Massnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Gewalt in der Familie (in Erfüllung des Postulats Fehr 07.3725) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zur Situation der ärztlichen Grundversorgung in der Schweiz (in Erfüllung der Postulate 07.3279 der SGK-S und 07.3561 der SGK-N) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über Massnahmen zum Schutze der Patientendaten der Versicherten (in Erfüllung des Postulats Heim 08.3493) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht mit Leitbild zu einer kohärenten Suchtpolitik (in Erfüllung des Postulats Fehr 09.3665) ist verabschiedet.*

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Strafgesetzbuches zur Umsetzung von Artikel 123b BV (Unverjährbarkeitsinitiative) ist eröffnet.
- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur neuen Polizeigesetzgebung des Bundes zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis betreffend die Ratifikation des Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung von Menschenhandel und die gesetzliche Regelung des ausserprozessualen Zeugenschutzes zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs ist verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zur Ratifizierung der Cyberkriminalitäts-Konvention des Europarates ist verabschiedet.*
- ▶ Das Konzept zum Aufbau von Strukturen und Prozessen zur Bekämpfung der Internet- / Netzwerkkriminalität liegt der Departementsvorsteherin zur Genehmigung vor.
- ▶ Kooperationsvertrag mit der Europäischen Union zur Vereinfachung des Austauschs von Fingerabdrücken, DNA und Fahrzeughalterdaten (Vertrag von Prüm): Der Bundesrat hat einen Entscheid gefällt, der die Mandatierung zur Aufnahme von Verhandlungen und die Finanzierung der Umsetzung klärt.
- ▶ Die Botschaft zum Rechtshilfevertrag mit Argentinien ist verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat den Vertragstext zum Überstellungsvertrag mit Peru genehmigt und die Ermächtigung zur Unterzeichnung erteilt.

Ziel 2: Umsetzung Schengen / Dublin

- ▶ Der Pass 10 kann in der Schweiz beantragt werden.
- ▶ Die Botschaft betreffend die Übernahme der Weiterentwicklungen zum Aussengrenzenfonds sowie betreffend die Zusatzvereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft über die Teilnahme der Schweiz an diesem Fonds ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Beschluss zur Unterzeichnung und zur vorläufigen Anwendung dieser Zusatzvereinbarung gefasst.*
- ▶ Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes, beispielsweise die Übernahme des Visa-Kodex', sind innert der geltenden 2-Jahres-Frist übernommen und umgesetzt oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.
- ▶ Der Bundesrat hat die erforderlichen Umsetzungsbestimmungen auf Stufe Verordnung betreffend die Übernahme des Visa-Kodex' (Rechtsakt, der alle Schengener Rechtsinstrumente zusammenfasst, welche für visabezogene Entscheidungen massgeblich sind) in das nationale Recht verabschiedet.*
- ▶ Biometrische Schengen-Visa werden durch die Schweiz ausgestellt.
- ▶ Die Voraussetzungen sind geschaffen, damit ausgewählte Staaten, in Vertretung der Schweiz, Schengen-Visa ausstellen können.
- ▶ Der Bundesrat hat die angepasste Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV) verabschiedet.
- ▶ Biometrische Reisedokumente für ausländische Personen werden ausgestellt.
- ▶ Der Bundesrat hat erste Dublin-Vereinbarungen, namentlich mit Deutschland und Österreich, genehmigt. Solche Vereinbarungen regeln u. a. die Vereinfachung der Verfahren und die Verkürzung der Fristen für die Übermittlung und Prüfung von Gesuchen zur Aufnahme bzw. Wiederaufnahme von Asylbewerbern.*
- ▶ Ein nationaler Plan für das integrierte Management der Landesgrenzen ist definiert und umgesetzt (Querschnittsaufgabe in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern).

Ziel 3: Wirtschaftsstandort Schweiz

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts (Sanierungsrecht) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung über eine Vorlage zur Teilrevision des Haftpflichtrechts (Verjährungsfristen) ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zu den nachrichtenlosen Vermögenswerten Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.
- ▶ Die Vernehmlassung zur «Elektronischen Urkunde» ist eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zum gesetzlichen Schutz für Hinweisgeber von Korruption (in Erfüllung der Motion Gysin 03.3212) ist verabschiedet.
- ▶ Die Berichterstattung zuhanden des Bundesrats über die Zuwanderung und mögliche Anrufung der Schutzklausel gegenüber den EU 17-Staaten ist erfolgt.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Zivilgesetzbuches (gemeinsames Sorgerecht) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft betreffend die Revision des Strafgesetzbuches (Regelung der organisierten Suizidhilfe) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten ist verabschiedet (in Erfüllung der Motion Heberlein 06.3658).

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- ▶ Die Zusatzbotschaft zur Staatsleitungsreform ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Gesetzes für das Institut für Rechtsvergleichung und des Gesetzes über das Messwesen Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum Austausch personenbezogener Daten zwischen Behörden des Bundes und der Kantone (in Erfüllung des Postulats Lustenberger 07.3682) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (in Erfüllung der Motion 08.3589 Stadler [«Copyright-Vergütungen für Urheber statt für Prozesse»]) durchgeführt.
- ▶ Das Datenschutz- und Informationssicherheits-Managementsystem EJPD ist im Einvernehmen mit den Organisationseinheiten erfolgreich umgesetzt.

Ziel 6: Migration

- ▶ Die Botschaft zu einer Revision des Bürgerrechtsgesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Asyl- und Ausländergesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat weitere Migrationspartnerschaftsabkommen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in für uns relevanten Kernregionen abgeschlossen.*
- ▶ «Protection in the Region»: Europäische Partnerstaaten sind bestimmt und der Kontakt mit ihnen ist aufgenommen. Projektbeschriebe sind erstellt und die Umsetzung ist eingeleitet.
- ▶ Prävention der irregulären Migration: Drei zusätzliche Projekte in prioritären Ländern sind umgesetzt.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge»

- ▶ Die Volksinitiative «gegen neue Kampfflugzeuge» der GSoA wird vom Parlament behandelt und wird dem Volk zur Abstimmung unterbreitet.

Ziel 2: Sicherheitspolitischer Bericht und sicherheitspolitische Aktivitäten

- ▶ Der neue Sicherheitspolitische Bericht ist vom Bundesrat verabschiedet und dem Parlament überwiesen.*
- ▶ Die Botschaft über einen Rahmenkredit für die Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren und verwandter Aktivitäten in den Jahren 2012–2015 ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 3: Optimierung der Personensicherheitsprüfungen

- ▶ Sämtliche Optimierungsmassnahmen im Bereich der Personensicherheitsprüfungen (PSP) sind vom Bundesrat verabschiedet.

Ziel 4: Abschluss Aufbau des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)

- ▶ Die Prozesse des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) sind etabliert.
- ▶ Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen bezüglich BWIS II bzw. der Gesetzgebung für den NDB entschieden.

Ziel 5: Optimierung der Leistungserbringung

- ▶ Das Gleichgewicht der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) zwischen Ressourcen und Leistungserbringung ist deutlich verbessert.
- ▶ Das Gleichgewicht der Logistikbasis der Armee (LBA) zwischen Ressourcen und Leistungserbringung ist deutlich verbessert.
- ▶ Die auf der Grundlage der Mängelliste der Armee abgeleiteten Massnahmen sind gemäss Zeitplan umgesetzt und kommuniziert.

Ziel 6: Weiterentwicklung der Armee auf der Basis politischer Vorgaben

- ▶ Die Optionen zur Weiterentwicklung der Armee liegen auf der Basis des neuen Sicherheitspolitischen Berichtes vor.
- ▶ Die Realisierung der 2. Phase des «Grundmodells plus» ist abgeschlossen.

Ziel 7: Förderung des Kostenbewusstseins und der Kostentransparenz auf allen Stufen

- ▶ Die Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) wird im ganzen Verteidigungsbereich angewendet.
- ▶ Das Kostenbewusstsein der Kader des Verteidigungsbereichs wird systematisch gefördert.
- ▶ Der Trend der steigenden Betriebsausgaben ist mit dem Voranschlag 2011 gebrochen.

Ziel 8: Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes und des Zivilschutzes

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) und die Revision der Verordnung über den Zivilschutz (ZSV) liegen vor.*
- ▶ Die Verordnung über Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen (ABCN-Einsatzverordnung) liegt vor.

Ziel 9: Weiterentwicklung der rechtlichen und konzeptionellen Grundlagen der Sportförderung

- ▶ Das dritte Massnahmenpaket zum Konzept für eine Sportpolitik in der Schweiz ist verabschiedet.*
- ▶ Die Verordnungen zum neuen Sportförderungsgesetz und zum Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport sind vorbereitet.*

Ziel 10: Umsetzung von armasuisse 2010

- ▶ Die armasuisse hat ihre Positionierung als Beschaffungsorganisation im Bund gestärkt.
- ▶ Die Effizienz und Effektivität der armasuisse sind messbar und transparent verbessert.

Finanzdepartement

- Ziel 1: Abkommen vom 17. August 2009 über ein Amtshilfegesuch des US Internal Revenue Service (IRS) betreffend UBS AG zwischen dem Bundesrat und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika**
- ▶ Die Projektorganisation für die operative Umsetzung des Abkommens ist operationell.
 - ▶ Die eingegangenen Amtshilfegesuche des US-IRS sind von der Projektorganisation fristgemäss bearbeitet.
- Ziel 2: Konsolidierungskonzept für den Bundeshaushalt und Umsetzung der Aufgabenüberprüfung**
- ▶ Die Vernehmlassung ist durchgeführt und ausgewertet.*
 - ▶ Botschaft und Bundesgesetz über die Konsolidierung des Bundeshaushalts und die Umsetzung der Aufgabenüberprüfung sind verabschiedet.*
- Ziel 3: Vernehmlassung und Entscheid weiteres Vorgehen Unternehmensbesteuerung**
- ▶ Die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung ist durchgeführt und ausgewertet.*
 - ▶ Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- Ziel 4: Revision des Einlegerschutzes**
- ▶ Die Vernehmlassung ist ausgewertet.*
 - ▶ Die Botschaft zur umfassenden Neuregelung des Einlegerschutzes ist verabschiedet.*
- Ziel 5: Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes**
- ▶ Die Vernehmlassung ist ausgewertet.*
 - ▶ Der Auftrag für eine Botschaft zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes ist erteilt.*
- Ziel 6: Volksinitiative des Schweizerischen Hauseigentümergebietes HEV: «Sicheres Wohnen im Alter»**
- ▶ Die Botschaft (indirekter Gegenvorschlag) ist vom Bundesrat verabschiedet.*

- Ziel 7: Finanzausgleich: Neudotierung der Ausgleichsgefässe für die Jahre 2012–15**
- ▶ Die Vernehmlassung zum Bericht der EFV über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs ist durchgeführt und ausgewertet.*
 - ▶ Die darauf basierende Botschaft zur Neudotierung der Ausgleichsgefässe 2012–15 ist verabschiedet.*
- Ziel 8: Revision der Gesetzgebung im Bereich Börsendelikte und Marktmissbrauch**
- ▶ Die Vernehmlassung ist ausgewertet.*
 - ▶ Das weitere Vorgehen ist beschlossen.*
- Ziel 9: Einkauf von Waren in Zollfreiläden und Flughäfen (Tax free at arrival)**
- ▶ Die Vernehmlassung ist ausgewertet.*
 - ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen ist beschlossen.*
- Ziel 10: Straffung der Bundesinformatik**
- ▶ Die IKT-Steuerung und –Führung ist optimiert.
 - ▶ Der Standardarbeitsplatz ist bei der Mehrzahl der Mitarbeitenden eingeführt.
 - ▶ Die Voraussetzungen für die Zentralisierung der IT-Leistungserbringer des EFD, EDA, EJP, EVD sind geschaffen (gemäss Stellungnahme des Bundesrates zur Motion Noser 07.3452 IT-Leistungserbringer zentralisieren).
- Ziel 11: Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz**
- ▶ Für alle priorisierten Vorhaben der Strategie ist bis Ende 2010 mindestens die Konzeptphase abgeschlossen. Wo dazu nötig, sind Mittel aus dem 3. konjunkturellen Stabilisierungsprogramm zielgerichtet und zweckgebunden eingesetzt worden.*
 - ▶ Den Gemeinden stehen ab Ende 2010 Vorgehensmodelle und Hilfsmittel zur Implementierung von E-Government auf kommunaler Ebene zur Verfügung.*
 - ▶ Die Zusammenarbeit mit der IKT-Branche im E-Government wird weiter verstärkt. Insbesondere sind organisatorische Massnahmen eingeführt um die IKT-Branche sowohl bei konzeptioneller Arbeit, als auch bei der konkreten Umsetzung entsprechend der Rollenverteilung Auftraggeber/Auftragnehmer zu involvieren.*

Ziel 12: Überprüfung der Finanzmarktaufsicht

- ▶ Der Bericht zur Überprüfung der Finanzmarktaufsicht ist verabschiedet und das weitere Vorgehen ist beschlossen.*

Ziel 13: Weiterentwicklung der ergebnisorientierten Verwaltungsführung (FLAG)

- ▶ Das weitere Vorgehen betreffend FLAG-Gesamtstrategie ist festgelegt.*

Ziel 14: Attraktive und wettbewerbsfähige Anstellungsbedingungen (für die Bundesangestellten)

- ▶ Im Zuge der Revision des Bundespersonalgesetzes ist auch die Bundespersonalverordnung revidiert.

Ziel 15: Personalstrategie Bund 2010–2015

- ▶ Die neue Personalstrategie Bund ist ausgearbeitet und verabschiedet.*

Volkswirtschaftsdepartement

Ziel 1: Intensivierung der Freihandelspolitik zur Ausweitung und Vertiefung des Netzes von Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU*

- ▶ Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien sowie das Abkommen über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten zwischen der Schweiz und Indien sind unterzeichnet.
- ▶ Die gemeinsame Machbarkeitsstudie zwischen der Schweiz und China ist erstellt; der Grundsatzentscheid über die Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen Schweiz-China ist gefällt und das Verhandlungsmandat ist verabschiedet.
- ▶ Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Ukraine sowie das Abkommen über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten zwischen der Schweiz und der Ukraine sind unterzeichnet.
- ▶ Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EFTA-Indonesien und EFTA-Russland sind fortgeschritten.
- ▶ Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Hong Kong sowie das Abkommen über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten zwischen der Schweiz und Hong Kong sind unterzeichnet.
- ▶ Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Algerien sowie das Abkommen über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten zwischen der Schweiz und Algerien sind unterzeichnet.
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Serbien sowie zum Abkommen über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten zwischen der Schweiz und Serbien ist verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Albanien sowie zum Abkommen über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten zwischen der Schweiz und Albanien ist verabschiedet.

Ziel 2: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

- ▶ **Sammelbotschaft «Standortförderung 2012–2015»:** Die Sammelbotschaft umfasst in einer Gesamtschau die konzeptionellen Grundlagen der Standortförderung des Bundes (KMU-Politik, Exportförderung, Standortpromotion, Tourismuspolitik). Gleichzeitig legt die Sammelbotschaft die vierjährigen Finanzierungsgrundlagen dafür vor.*
- ▶ **Der Bundesrat hat über eine mögliche Erweiterung der wachstumspolitischen Agenda entschieden (erste Jahreshälfte 2010).**
- ▶ **Revision des Kartellgesetzes:** Der Bundesrat hat über die Eröffnung einer Vernehmlassung entschieden (erste Jahreshälfte 2010).
- ▶ **Änderung der Preisbekanntgabe-Verordnung als Anpassung an die erfolgte Revision des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb und zur Stärkung des Konsumentenschutzes:** Die Vernehmlassung wurde durchgeführt und ausgewertet, die geänderte Verordnung erstellt.

Ziel 3: Beurteilung der Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt*

- ▶ **Die im Rahmen des dritten Stabilisierungspakets getroffenen Massnahmen des Bundes im Bereich Arbeitsmarkt zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sind entwickelt und in Umsetzung.**
- ▶ **Die Verordnung zum revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetz ist verabschiedet.**
- ▶ **Im Falle einer deutlichen Verschlechterung der Aussichten werden zusätzliche Massnahmen zur Bekämpfung der Unterauslastung der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit geprüft.**

Ziel 4: Konsolidierung der Beziehungen mit der EU

- ▶ Eine Evaluation der europapolitischen Instrumente der Schweiz ist vorgenommen.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Satellitennavigationssystem GALILEO sind abgeschlossen.*
- ▶ Die allfälligen Verhandlungen zur Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.*
- ▶ Der Grundsatzentscheid über die Aufnahme und die Inhalte von Verhandlungen mit der EG-Kommission zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH) ist gefällt und allfällige Verhandlungen sind aufgenommen.*
- ▶ Die bilateralen Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sind mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen bzw. unterzeichnet.
- ▶ Die Verhandlungen im Agrar- und Lebensmittelbereich sowie im Bereich öffentliche Gesundheit sind fortgesetzt und deren Schlüsselemente sind geklärt.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich des gegenseitigen Schutzes der Ursprungsbezeichnungen (AOC/IGP) mit der EU sind so weit fortgeschritten, dass ein Konsens über einen Abkommensentwurf gefunden wurde und Konsultationsverfahren eingeleitet wurden. Im Fall von unüberwindbaren Hindernissen ist eine alternative Strategie erarbeitet worden.

Ziel 5: Doha-Runde der WTO

- ▶ Aktives Engagement für einen Abschluss der Doha-Runde im 2010 im Hinblick auf eine Stärkung des multilateralen Handelssystems im Rahmen der WTO.*

Ziel 6: Sicherstellung der Finanzierung der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Positionierung der Schweiz in den multilateralen Finanzierungsinstitutionen, inklusive Sicherstellung deren Finanzierung

- ▶ Die Aufstockung des Rahmenkredits IV über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Kapitalerhöhungen der multilateralen Entwicklungsbanken ist verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass in der Stimmrechtsreform der Weltbank ihr wirtschaftliches Gewicht und ihre Beiträge zur Entwicklungshilfe berücksichtigt werden.

Ziel 7: Förderung von Bildung, Forschung und Innovation

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation im Jahre 2012 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Stossrichtung der Internationalisierung der Berufsbildung festgelegt.
- ▶ Der Bundesrat hat, gestützt auf die Arbeiten der interdepartementalen Arbeitsgruppe (EVD/UVEK) und im Rahmen eines Aussprachepapiers, die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) geklärt und die Stossrichtung der Teilnahme festgelegt.
- ▶ Die Evaluation zur Ressortforschung des Bundes ist abgeschlossen und dem Bundesrat in Form eines Schlussberichtes zur Kenntnis gebracht.

Ziel 8: Berufszulassungen

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Entscheides 1/09 des Gemischten Ausschusses Schweiz-EU zum Personenfreizügigkeitsabkommen sowie zum Bundesgesetz über das Meldeverfahren und die Ausgleichsmassnahmen bei der Ausübung reglementierter Berufe verabschiedet.*

Ziel 9: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft

- ▶ Die Botschaft über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2012–2013 ist verabschiedet. Sie deckt eine Übergangsfrist, um in Zukunft die Zahlungsrahmen mit den Legislaturfinanzplänen koordinieren zu können.*
- ▶ Eine Strategie für die nächste Etappe der Weiterentwicklung der Agrarpolitik ist erarbeitet und entsprechende Massnahmen sind vorbereitet. Diese sollen auf eine leistungsfähige und nachhaltig produzierende Landwirtschaft ausgerichtet sein, die in der Lage ist, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dabei berücksichtigt werden die Entwicklung der laufenden internationalen Verhandlungen sowie die Begleitmassnahmen zur Erleichterung der Anpassung der Branche an die neuen Marktgegebenheiten und zur Gewährleistung eines sozial korrekten Übergangs.
- ▶ Das Konzept «Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems» wurde unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Parlaments vertieft.
- ▶ Das Programm für die Entwicklung einer Plattform, die es allen Anwendern (Landwirten, Bund, Kantonen und anderen Berechtigten) ermöglicht, Informationen und Daten des Primärsektors zu beziehen und zu erfassen (ASA 2011), ist in die Phase der teilweisen Anwendung eingetreten (Koordination der Kontrollen).

Ziel 10: Umgang mit Rohstoffen und natürlichen Ressourcen

- ▶ Verschiedene Optionen und Aktionen des Berichts «Nahrungsmittelkrise, Rohstoff- und Ressourcenknappheit» wurden vertieft, namentlich im Hinblick auf deren Integration in die künftigen Etappen der Weiterentwicklung der Agrarpolitik.

Ziel 11: Förderung der Tiergesundheit

- ▶ Die Vernehmlassung zur Änderung des Tierseuchengesetzes zur Sicherstellung einer aktiveren und schnelleren Tierseuchenprävention (in Erfüllung der Motion Zemp 08.3012) ist durchgeführt.
- ▶ Der Aktionsplan zur Umsetzung der Tiergesundheitsstrategie Schweiz «2010 plus» ist mit den betroffenen Kreisen diskutiert.
- ▶ Eine nationale Krisenübung hinsichtlich des Ausbruchs einer hochansteckenden Tierseuche ist vorbereitet.

Ziel 12: Förderung Tier- und Artenschutz

- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Tierschutzgesetzes ist durchgeführt.
- ▶ In den Gesprächen und Verhandlungen mit der EU im Veterinärbereich setzt sich die Schweiz für eine Verbesserung des Tierschutzes auf europäischer Ebene ein.
- ▶ Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Umsetzung des Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) ist durchgeführt.

Ziel 13: Wohnungspolitik

- ▶ Die Botschaft zu einem Rahmenkredit für Eventualverpflichtungen in der Wohnraumförderung (Bürgschaften) ist verabschiedet.*
- ▶ Das Bieterverfahren im Hinblick auf den Verkauf der Sapomp Wohnbau AG ist abgeschlossen.
- ▶ Über die Struktur und die Position des Bundesamts für Wohnungswesen innerhalb der Bundesverwaltung ist entschieden.

Ziel 14: Überprüfung der Spezialgesetzgebung im Bereich der Produktesicherheit

- ▶ Gestützt auf die Motion 09.3008 wurden die sektoriellen Gesetze im Bereich der Produktesicherheit auf Doppelspurigkeiten und unbegründete Abweichungen vom neuen allgemeinen Produktesicherheitsgesetz hin überprüft und bei Bedarf wurde bis Ende 2010 eine Vernehmlassungsvorlage für die Bereinigung ausgearbeitet.*

Ziel 15: Sicherheitspolitik umsetzen

- ▶ Die neue Strategie des Zivildienstes als Grundlage des Leistungsauftrags 2012–2015 ist erarbeitet.

Ziel 16: Verabschiedung von Grundlagenberichten

- ▶ Das EVD hat den Bericht über den politischen Steuerungs- und Koordinationsbedarf zur Umsetzung der Bildungssystematik und zur Sicherstellung eines bedarfsorientierten Bildungsangebotes bei den Pflegeberufen auf Ebene Bund und Kantone verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die neuen Technologieinitiativen der EU in Erfüllung des Postulats Burkhalter 08.3465 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die Unterstützung der dualen Ausbildung in Erfüllung des Postulats Favre 08.3778 verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zum Fachkräftemangel in Naturwissenschaften und Technik (in Erfüllung der Postulate 07.3538 Hochreutener, 07.3747 Recordon und 07.3810 Widmer) ist verabschiedet.*
- ▶ Der elfte Agrarbericht, der sich insbesondere mit der nachhaltigen Landwirtschaft befasst, ist veröffentlicht.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum Fortschritt der Arbeiten und den neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der administrativen Entlastung verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Tourismuspolitik des Bundes 2012 verabschiedet.

Ziel 17: Cyberadministration Schweiz

- ▶ Die für die wirtschaftliche Entwicklung prioritären Projekte der Strategie für eine Cyberadministration Schweiz sind von den Amtsstellen des EVD, teilweise in Zusammenarbeit mit andern Stellen, durchgeführt worden.
- ▶ Die Planung und die Finanzierung der prioritären Projekte des EVD sind bekannt.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Infrastrukturstrategie

- ▶ Der Bericht über die Zukunft der nationalen Infrastrukturnetze in der Schweiz ist vom Bundesrat genehmigt.*
- ▶ Die Botschaft zur Beschleunigung des Beschaffungswesens ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über den Beitritt zum europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstrassen (ADN) ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 2: Ausbau und Sicherstellung der Bahninfrastruktur

- ▶ Die Vernehmlassung zur Vorlage Bahn 2030 ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur bedarfsorientierten Verstärkung des Lärmschutzes ist eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zur Leistungsvereinbarung Bund/SBB 2011/12 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Finanzierung KTU 2011/12 ist verabschiedet.*

Ziel 3: Weiterführung der Bahnreform

- ▶ Die Botschaft zum zweiten Schritt der Bahnreform 2 ist verabschiedet.*

Ziel 4: Sicherheit im Strassenverkehr

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes (Via sicura) liegt dem Bundesrat zum Entscheid vor.*
- ▶ Die Botschaft zur Eidg. Volksinitiative für «menschenfreundlichere Fahrzeuge» ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 5: Luftfahrtpolitik: Sicherstellung einer optimalen Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren

- ▶ Die Vernehmlassung zur Ausführungsgesetzgebung zur Änderung von Artikel 86 BV (Spezialfinanzierung Luftverkehr) ist eröffnet.
- ▶ Mögliche Lösungsansätze zwischen Deutschland und der Schweiz betreffend Anflugverfahren Zürich sind entwickelt.
- ▶ Das ordentliche Verfahren zur Erstellung des SIL-Objektblatts für den Flughafen Zürich ist eingeleitet.
- ▶ Die Vollzugserlasse zum revidierten Luftfahrtgesetz sind vorbereitet.

Ziel 6: Konkurrenzfähige Telekommunikationsinfrastruktur

- ▶ Die Strategie für den Ausbau von Telekommunikationsnetzen mit hoher Bandbreite ist vom Bundesrat festgelegt.*

Ziel 7: Weitere Umsetzung der Energieaussenpolitik

- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind abgeschlossen.*
- ▶ Die Energiedialoge mit den Nachbarländern sind intensiviert.*
- ▶ Die Botschaft zur Ratifizierung des Beitritts zur IRENA (International Renewable Energy Agency) ist verabschiedet.*

Ziel 8: Steigerung der Energieeffizienz und Förderung erneuerbare Energien

- ▶ Die Revision der Energieverordnung zu Mindestanforderungen an elektrische Geräte ist verabschiedet.

Ziel 9: Ausbau Netze, weitere Nutzung der Kernenergie und nukleare Entsorgung klären

- ▶ Die Vernehmlassung zum Entwurf der Kernenergiehaftpflichtverordnung ist eröffnet.
- ▶ Der Bericht über Gebühren und Abgaben an die Gemeinwesen, welche Bestandteil der Strompreise sind, ist verabschiedet.*

Ziel 10: Schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen

- ▶ **Dem Bundesrat liegt der Bericht über die Biodiversitätsstrategie Schweiz vor.***
- ▶ **Die Botschaft zu einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.***
- ▶ **Das Raumkonzept ist als Grundlage für die raumrelevanten Tätigkeiten des Bundes verabschiedet.**
- ▶ **Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Aarhus-Konvention und zu einer Änderung des Umweltschutzgesetzes (USG) ist vom Bundesrat genehmigt.***

